

Berlin, 08.05.2019

Deutscher Naturschutzring WPSEU 067/2019

1. Demokratisierung und Nachhaltigkeit

Die Europäische Union (EU) muss sich schnell und konsequent auf den Weg hin zu einer nachhaltigen Entwicklung innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten machen.

Frage a.

Setzen Sie sich dafür ein, dass die Prioritäten der EU konsequent an den UN-Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet werden und die EU verbindliche Maßnahmen beschließt, um die Ziele bis 2030 zu erreichen?

Antwort:

Die Agenda 2030 liefert die Antworten auf die gegenwärtigen globalen Herausforderungen. Die europäische Sozialdemokratie, die für Lebensqualität für alle in einem nachhaltigen Europa kämpft, macht die Agenda 2030 zum Leitmotiv ihrer Politik und behält dabei immer die Vielschichtigkeit globaler Schieflagen im Auge. Wir fordern die Kommission nachdrücklich auf, eine ambitionierte, übergreifende und umfassende Strategie für die Umsetzung der Agenda 2030 auszuarbeiten und dabei die SDG vollständig in die politischen Maßnahmen und die Governance der EU aufzunehmen, den EU-Organen und den Mitgliedstaaten Leitlinien für die Umsetzung, Überwachung und Überprüfung der Agenda 2030 an die Hand zu geben und detaillierte Fahrpläne, konkrete Ziele und Fristen aufzuzeigen.

Frage b.

Das Einstimmigkeitsprinzip im Rat der EU verhindert progressive Politik. Werden Sie auf die Abschaffung der Einstimmigkeit für fiskalische Aspekte im Rat hinwirken, um die EU handlungsfähiger zu machen?

Antwort:

Die SPD unterstützt den im Lissabon-Vertrag vorgesehenen Übergang zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat der Europäischen Union auch im Bereich der Steuerpolitik. Bei 28 Mitgliedstaaten schränkt die Einstimmigkeitserfordernis den Handlungsspielraum der Europäischen Union unverhältnismäßig ein. Oft werden Beschlüsse verhindert oder spiegeln lediglich den kleinsten gemeinsamen Nenner wider. Sollten sich die Mitgliedstaaten nicht

einigen können, bei allen EU-Entscheidungen zu Steuerfragen zum Mehrheitsprinzip überzugehen, sollte Mehrheitsentscheidungen zunächst bei steuerpolitischen Maßnahmen möglich sein, die anderen politischen Zielen zugutekommen, z. B. der Bekämpfung des Klimawandels, dem Umweltschutz oder der Verbesserung der öffentlichen Gesundheit.

Frage c.

Werden Sie sich für die konsequentere Umsetzung der Aarhus-Konvention einsetzen und sich den Versuchen einiger Mitgliedstaaten entgegenstellen, öffentliche Partizipation besonders auch in Umweltfragen einzuschränken?

Antwort:

Die Aarhus-Konvention muss sowohl auf europäischer Ebene als auch in den EU-Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt und eingehalten werden. Dies gilt insbesondere auch für die Umsetzung auf Grundlage der Aarhus-Konvention erlassener europarechtlicher Vorgaben in nationales Recht. Die SPD unterstützt zudem die Bemühungen der EU-Kommission, mit Informationen zur EuGH-Rechtsprechung für eine kohärentere Auslegung und konsequentere Durchsetzung der Beteiligungs- und Informationsrechte bei Umweltfragen in den verschiedenen Mitgliedstaaten zu sorgen. Vor diesem Hintergrund erteilen wir etwaigen Bestrebungen von Regierungen der Mitgliedstaaten, die Beteiligungsrechte einzuschränken, eine klare Absage.

2. Klima und Energie

Mit dem letzten Dürresommer hat die Klimakrise auch im Bewusstsein der Menschen endgültig Europa erreicht: Ernteschäden, Kraftwerke, denen Kühlwasser fehlte, eine Binnenschifffahrt, die auf dem Trockenen lag und Waldbrände waren die Folgen. Was wird Ihre Partei dafür tun, um die internationalen Vereinbarungen des Pariser Klimaschutzabkommens einzuhalten?

Frage a.

Werden Sie die Forderung nach einer treibhausgasneutralen EU bis spätestens 2050 unterstützen und einer entsprechenden nötigen Verschärfung des europäischen Emissionsreduktionsziels auf mindestens 55 Prozent bis 2030 zustimmen?

Antwort:

Um das Ziel des Pariser-Abkommens zu erreichen, unterstützen wir eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf mindestens 45 Prozent Treibhausgasminderung bis 2030 (Basisjahr 1990), sowie das langfristige Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050. Wir wollen zudem ambitionierte Schritte zur schnelleren Umstellung des Energiemixes hin zu mehr erneuerbaren Energien in ganz Europa vereinbaren. Dazu gehört, das Funktionieren des europäischen Emissionshandels weiterhin sicherzustellen, aber auch die Einführung eines CO₂-Preises für die Sektoren, die nicht in den Emissionshandel einbezogen sind. Die Forschung für Klimaneutralität wollen wir massiv ausbauen. Die europäische Forschungsförderung werden wir darauf ausrichten, Innovationen zur Umstellung unserer Wirtschaft auf Klimaneutralität und zur Klimaanpassung zu entwickeln. Daneben wird auch die Forschung zu den sozialen Folgen des Klimawandels, der Klimaanpassung und der ökologischen Transformation unserer Gesellschaft gefördert.

Die SPD setzt sich zudem für eine gezielte Förderung für mehr Energieeffizienz ein. Wir unterstützen das Ziel von 32,5 Prozent Energieeffizienz bis zum Jahr 2030 in der EU. Investitionen in Energieeffizienz sind der wirtschaftlichste Weg für die europäische Energiewende und unterstützen das Ausbauziel für erneuerbare Energien konsequent. Das heißt für uns verstärkte Anstrengungen beim Gebäudebestand, bei der Sektorkopplung, bei Speichertechnologien oder zum Beispiel bei der Nutzung industrieller Abwärme.

Frage b.

Setzen Sie sich für einen effektiven und sozial gerechten CO₂-Mindestpreis ein?

Antwort:

Die SPD setzt sich für eine Weiterentwicklung des europäischen Emissionshandels ein, damit dieser seine Funktion als zentrales Klimaschutzinstrument erfüllen kann. Sollte dies nicht zu den angestrebten Zielen führen, werden wir Verhandlungen für die Vereinbarung von CO₂-Mindestpreisen auf europäischer Ebene aufnehmen. (Siehe auch Antwort 2a)

Frage c.

Setzen Sie sich im Sinne einer nachhaltigen Verkehrswende für eine Reduktion des Flugverkehrs durch eine europaweite Besteuerung von Flugbenzin und Flugtickets ein?

Antwort:

Die SPD will die Verkehrswende einleiten: Neben ambitionierten Grenzwerten wollen wir eine verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung neuer Antriebstechnologien und Produktionsprozesse.

Wir wollen eine Infrastrukturoffensive für die Elektrifizierung, Vernetzung und Nutzerfreundlichkeit aller Verkehrsträger starten. Zudem werden wir langfristige Konzepte zur Dekarbonisierung von Flugverkehr und Schifffahrt entwickeln und setzen uns für eine Emissionsreduktion bei Flug- und Schiffsverkehr ein. Wir wollen alternative emissionsarme Antriebe und nachhaltige Infrastruktur bei Flugzeugen und Schiffen fördern. Auch hier müssen wir einen Transformationsprozess hin zu Elektroantrieben, Wasserstoff und Brennzellentechnologie und der Nutzung von synthetischen Treibstoffen. Gefragt sind zudem leichtere Materialien beim Flugzeugbau und die Optimierung von Flugrouten. Die Elektrifizierung der Infrastruktur von Flug- und Seehäfen ist ein weiteres wichtiges Element zur Reduktion der Umweltbelastungen. Neben der Luftbelastung wollen wir auch die Lärmbelastung durch alternative Technologien minimieren. Kreuzfahrtschiffe sind zu verpflichten, den Strom im Hafen vom Land zu beziehen und Filter einzubauen. Alle Dekarbonisierungsmöglichkeiten sind zu nutzen. Diese aktive und strategische Industriepolitik sichert Europa auch auf diesem Technologiefeld die Chancen im weltweiten Wettbewerb vorne mit dabei zu sein.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Europäische Verkehrsachsen gestärkt und ausgebaut werden. Die Straßen und die Schienenwege müssen überall in der EU verbessert werden. Zudem ist der Bau von zusätzlichen grenzüberschreitenden Trassen notwendig, damit Europa auch auf der Schiene weiter zusammenwachsen kann. Das gilt auch für strategische Investitionen in die Zwischenverbindungen (sogen. Bypass-Verbindungen), um Hauptachsen zu entlasten. Das gilt ebenso für den Ausbau von grenzüberschreitenden ÖPNV-Verbindungen wie auch für den Schienenregionalverkehr. Wir wollen die Gleichberechtigung von Fußverkehr, Radverkehr, ÖPNV, neuen Mobilitätsangeboten und motorisiertem Individualverkehr. Der

bisher dominante Transportweg Straße muss stärker als bisher durch nachhaltigere Alternativen auf der Schiene und eine möglichst emissionsfreie Schifffahrt flankiert werden. Deshalb brauchen wir auch mehr Kooperation statt Wettbewerb auf der Schiene in Europa beim Schienenpersonenfernverkehr. Des Weiteren muss sichergestellt werden, dass die Mitgliedsstaaten einheitliche Tarife, Qualitätsstandards, Taktfahrpläne und Vertriebssysteme organisieren können.

Genauso wie Kraftstoffe für den Automobilverkehr oder der Strom für den Bahnverkehr besteuert werden, sollte auch auf Flugbenzin eine Steuer erhoben werden. Die SPD fordert daher eine EU-weite Kerosinsteuer.

3. Ressourcen und Kreislaufwirtschaft

Unser wachsender Ressourcenverbrauch geht mit erheblichen ökologischen Belastungen wie dem Verlust der Artenvielfalt, der Belastung der Gewässer sowie steigenden Treibhausgasemissionen einher. Die EU muss deshalb die Vorreiterinnenrolle für eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft einnehmen.

Frage a.

Setzen Sie sich für verbindliche Reduktionsziele für den Rohstoffverbrauch pro Einwohner*in sowie für fiskalpolitische Instrumente ein, z.B. eine Materialinputsteuer, um den absoluten Ressourcenverbrauch in der EU zu senken?

Antwort:

Die SPD setzt sich für ambitionierte Ziele für eine höhere Ressourceneffizienz ein. Der Übergang zu einer ressourcenschonenden und energieeffizienten Wirtschaft wird nur erfolgen, wenn verpflichtende Ziele und finanzielle Anreize gesetzt werden, zum Beispiel bei der Recyclingrate oder durch ein Verbot der Entsorgung von recycelbaren und biologisch abbaubaren Abfällen auf Deponien. Die SPD fordert zudem, dass bis 2030 alle Kunststoffverpackungen wiederverwendbar oder recycelbar sein müssen.

Die SPD unterstützt Abgaben, die die Umweltauswirkung abbilden, zum Beispiel über den CO₂-Ausstoß oder den Ressourceneinsatz. Diese müssen aber fair gestaltet sein und einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen, das heißt nicht nur ein einzelnes Umweltziel und nicht nur die Produktion betrachten, sondern den gesamten Lebenszyklus.

Frage b.

Setzen Sie sich gemäß der europäischen Abfallhierarchie für eine stärkere Verankerung von Reparierbarkeit und Wiederverwendung in der EU-Ökodesignrichtlinie ein?

Antwort:

Der nachhaltige Umgang mit Ressourcen muss auch präventiv durch eine moderne Produktpolitik erfolgen. Produkte müssen besser, langlebiger, einfacher reparierbar und wiederverwendbar werden. Am Ende des Zyklus, in dem die Produkte benutzt wurden, muss darauf geachtet werden, dass wertvolle Materialien nicht weggeworfen, sondern wiederverwendet werden. Dazu braucht es eine stärkere Gesetzgebung mit klaren Vorgaben.

Frage c.

Werden Sie sich für die Abschaffung umwelt- und klimaschädlicher Subventionen und für die Einführung von Verursacherabgaben einsetzen?

Antwort:

Die SPD fordert den Entzug von Subventionszahlungen für Betriebe, die soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Kriterien nicht einhalten. Darüber hinaus sollten CO₂-Emissionen EU-weit sozial gerecht besteuert werden, um die Verursacher zahlen zu lassen und Investitionen in kostengünstige saubere Energie zu unterstützen.

4. Landwirtschaft

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU muss das Instrument sein, das eine nachhaltige, ökologische und sozial gerechte Landwirtschaft in Europa ermöglicht. Nach dem Prinzip „öffentliche Gelder nur für öffentliche Leistungen“ muss sie den Schutz von Natur, Biodiversität, Klima, Boden, Luft, Wasser und Tieren sicherstellen und somit auch dazu beitragen, die Ziele zu erreichen, zu der sich die EU verpflichtet hat.

Frage a.

Setzen Sie sich für eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik ein, die die Leistungen einer bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft deutlich stärker honoriert, artgerechte Tierhaltung fördert und umweltschädliche Subventionen beendet?

Antwort:

Sie SPD will die Agrarförderung vom Kopf auf die Füße stellen. Wir fordern eine Wende bei der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP). Das Ziel ist nicht die Kürzung der Agrarförderung, sondern deren Bindung an Kriterien, die den Menschen in den ländlichen Betrieben, den ländlichen Regionen sowie dem Tier-, Klima- und Umweltschutz zugutekommen und somit einen Mehrwert für die gesamte Gesellschaft darstellen. Wir wollen, dass das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Güter“ umgesetzt wird. Das bedeutet, dass LandwirtInnen künftig in erster Linie für Umwelt-, Klima- oder Tierschutzleistungen, die über dem gesetzlichen Maß liegen, bezahlt werden. Unser Ziel ist es, mindestens 30 % der Gelder in der 1. Säule dafür verbindlich zu reservieren. Gleichzeitig fordert die SPD eine EU-weit einheitliche, verbindliche Deckelung der bisherigen Direktzahlungen.

Wir stehen dafür, dass die Leistungen für Umwelt-, Klima- und Tierschutzziele von Deckelungsgrenzen unberührt sind, denn hier zählt jeder Hektar. Wir fordern, dass Flächen mit großem Nutzen für Umwelt und Klima, wie etwa Grünland, zukünftig höhere Direktzahlungen erhalten als Ackerflächen. Um Maßnahmen für den Naturschutz im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu honorieren, kämpfen wir für eine Mittelbindung für Umwelt-, Klima- und Tierschutz in der ersten und zweiten Säule.

In der zweiten Säule setzen wir auf bewährte Programmstrukturen, die Mehrwertleistungen der LandwirtInnen mit der Entwicklung des ländlichen Raums kombinieren. Auch hierfür wollen wir mindestens 30 % der Mittel in der zweiten Säule binden. Darüber hinaus wollen wir den Öko-Landbau stärken und ausreichend Finanzmittel für eine wachsende Branche sicherstellen.

Außerdem wollen wir der Konzentration von Agrarland und Saatgutrechten in der Hand landwirtschaftlicher Großkonzerne oder außerlandwirtschaftlicher Investoren wirkungsvoll entgegenzutreten.

Frage b.

Unterstützen Sie eine deutliche Senkung des Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft und grundlegende Reformen des Systems der Risikobewertung, Zulassung und Kontrolle von Pestiziden?

Antwort:

Die SPD fordert, dass das Zulassungsverfahren von Pestiziden dringend verbessert werden muss und setzt sich dafür ein, dass dies in einem unabhängigen, objektiven und transparenten Verfahren geschieht. Dafür sind folgende Punkte zentral:

Neue Studien machen deutlich, dass das Gefahrenpotential für Bestäuber, Biodiversität und uns Menschen aktuell nur teilweise erfasst wird. Insbesondere die Folgen von Pestizid-Mischungen und die Langzeitfolgen des Pestizid-Einsatzes werden bisher nur ungenügend erforscht. Das muss sich ändern.

Die jahrzehntelange Anreicherung von Pestizidrückständen im Boden hat fatale Auswirkungen auf die Bodenvitalität. Wir fordern, in der EU-Gesetzgebung endlich maximale Rückstandswerte für Oberflächengewässer und Böden festzulegen. Neue Erkenntnisse aus der Forschung, wie etwa die Gefahr durch an Staubpartikeln haftende Pestizidabbauprodukte, müssen dazu führen, dass auch aktuelle Zulassungen neu bewertet werden.

Es müssen neue Kapazitäten für die Bewertung von (Wieder-)Zulassungsanträgen in den Mitgliedstaaten geschaffen werden, denn die Behörden sind aktuell überfordert. Es ist nicht akzeptabel, dass zahlreiche Produkte durch Notfallzulassungen weiterhin auf dem Markt sind und in vielen Mitgliedstaaten der aktuelle Gesetzesrahmen nur ungenügend umgesetzt wird. Eines steht für uns fest: Landwirtschaft (fast) ohne Pestizide ist möglich, ohne Bienen aber nicht.

Frage c.

Werden Sie für die Erhaltung des EU-Gentechnikrechts und die Regulierung neuer Gentechnikverfahren sorgen, um Vorsorgeprinzip und Wahlfreiheit zu gewährleisten?

Antwort:

Die SPD lehnt einen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Europa ab. Für uns Sozialdemokraten gilt das Vorsorgeprinzip, insbesondere bei neuen Methoden der Gentechnik wie CRISPR/Cas. Eine diesbezügliche Aufweichung der EU-Regelungen lehnen wir ab. Der Europäische Gerichtshof hat am 25. Juli 2018 entschieden, dass neue Verfahren zur Pflanzenzüchtung wie Crispr/ CAS als Gentechnik einzustufen sind. Die Europa-SPD begrüßt diese Entscheidung. Gentechnik muss erkennbar für die Verbraucher sein. Deswegen können die neuen Methoden der Pflanzenzüchtung nur angewendet werden, wenn sie klar gekennzeichnet sind. Auch die neuen Methoden sind ein Eingriff ins Erbgut und damit Gentechnik. Da die neuen Züchtungsmethoden als Gentechnik eingestuft worden sind, müssen diese wie die „klassische“ Gentechnik in der EU zugelassen werden.

5. Naturschutz und Biodiversität

In Europa sind fast ein Viertel aller wildlebenden Tierarten gefährdet oder vom Aussterben bedroht. Lediglich für die Hälfte der zum Schutz gefährdeter Arten und Habitate eingerichteten Natura-2000-Schutzgebiete existieren Bewirtschaftungspläne mit Erhaltungszielen und -maßnahmen. Die EU hat sich verpflichtet, den Biodiversitätsverlust und die Verschlechterung

der Ökosysteme und ihrer Leistungen bis 2020 zu stoppen sowie geschädigte Ökosysteme soweit wie möglich wiederherzustellen. Diese Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie wird die EU allerdings nicht erreichen.

Frage a.

Stehen Sie dafür ein, dass die EU mehr Anstrengungen unternimmt, um den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen und insbesondere der mangelnden Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie in den Mitgliedstaaten zu begegnen?

Antwort:

Der Verlust der Artenvielfalt ist eines der dringendsten Probleme in der EU. Wir Sozialdemokraten wollen das Budget für das LIFE-Programm von 2021-2027 auf 7,3 Milliarden Euro verdoppeln im Vergleich zur aktuellen Förderperiode. Davon wird ein großer Teil für den Förderschwerpunkt „Biodiversität“ ausgegeben werden. Zudem sind wir der Überzeugung, dass der Landwirtschaftssektor nicht aus seiner Verantwortung für die Artenvielfalt entlassen werden darf. In der Gemeinsamen Agrarpolitik werden große Summen an Fördergeldern verteilt. Wir treten dafür ein, dass ein großer Teil der Direktzahlungen an Klima-, Umwelt- und Tierschutzleistungen gekoppelt sein müssen.

Frage b.

Setzen Sie sich für die Erhaltung der Wasserrahmenrichtlinie und deren vollständige Umsetzung in allen Mitgliedstaaten ein?

Antwort:

Für die SPD ist die Wasserrahmenrichtlinie Kernstück europäischer Wasserpolitik – sie organisiert sauberes Trinkwasser und eine intakte Umwelt. Sie muss daher auf jeden Fall erhalten werden. Auch wenn die europäischen Staaten seit Erarbeitung der Richtlinie schon deutliche Fortschritte erreicht haben, sieht es zurzeit so aus, dass sie die Ziele nicht im angestrebten Zeithorizont erreichen können. Daher muss nachgebessert werden. Insbesondere Einträge von Schad- und Nährstoffen müssen unter Berücksichtigung des Verursacherprinzips wirksam reduziert werden.

Frage c.

Unterstützen Sie eine zweckgebundene Naturschutzfinanzierung in Höhe von 15 Milliarden Euro, um das Schutzgebietsnetz Natura 2000 und weitere biodiversitätssichernde Maßnahmen zu finanzieren?

Antwort:

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen durch eine Politik, die aus Verantwortung für die nachfolgenden Generationen den Klima- und Umweltschutz konsequent verstärkt. Deshalb verstehen wir die 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Agenda 2030 der Vereinten Nationen als Leitbild unseres europapolitischen Handelns, weil nur so die aktuellen ökonomischen, ökologischen, sozialen und internationalen Politikbereiche gemeinsam angegangen und gelöst werden können.

Im Punkt 15 „Life on Land“ wird der Schutz der Biodiversität benannt. Wir verstehen diese Ziele als Leitbild unseres euroapolitischen Handelns, weil nur so die aktuellen ökonomischen, ökologischen, sozialen und internationalen Politikbereiche gemeinsam angegangen und gelöst werden können. Naturschutz ist Querschnittsaufgabe für die Europäische Union. Deswegen wollen wir, dass die Europäische Kommission in Zukunft für alle Ausgaben aus dem EU-Haushalt und für jeden europäischen Rechtssetzungsvorschlag darlegt, welche Konsequenzen diese Entscheidungen auf die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele haben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Finanzierung des LIFE-Programms 2021-2027 verdoppelt wird im Vergleich zur laufenden Förderungsperiode. Auch aus diesem Grund sind wir der Überzeugung, dass der EU-Haushalt in Zukunft angemessen ausgestattet sein muss.

6. Umwelt und Gesundheit

Die Gefahr von Schadstoffen für die Umwelt und die menschliche Gesundheit ist eine der großen Herausforderungen, die wir dringend in Angriff nehmen müssen. Gefährliche Stoffe in Produkten müssen konsequent nach dem Vorsorgeprinzip reguliert werden und dürfen nicht in den Recyclingkreislauf gelangen. Die an der Wirtschaftskette Beteiligten, inklusive Verbraucher*innen, müssen Zugang zu allen wichtigen Informationen über die verwendeten Materialien bekommen.

Frage a.

Setzen Sie sich für eine strikte Beibehaltung des Verursacher- und des Vorsorgeprinzips und einer entsprechend konsequenten Umsetzung der EU-Chemikalienverordnung REACH ein?

Antwort:

Ja, das Vorsorgeprinzip ist nicht nur in der EU-Chemikalienpolitik der Leitfaden unseres Handelns.

Frage b.

Engagieren Sie sich für eine am Vorsorgeprinzip ausgerichtete Regulierung von hormonschädlichen Stoffen in verbrauchernahen Produkten?

Antwort:

Die Europa-SPD setzt sich für die Regelungen ein, um hormonschädliche Stoffe in verbrauchernahen Produkten zu definieren, zu klassifizieren und zu verbieten, wenn diese sich als gesundheitsschädigend erweisen.

Frage c.

Setzen Sie sich dafür ein, dass Produkte nur solche Stoffe enthalten, die eine für Mensch und Umwelt gefahrlose Wiederverwendung von Materialien ermöglicht?

Antwort:

Natürlich wäre es wünschenswert, dass allgemein Produkte nur solche Stoffe enthalten, die weder schädlich für die Gesundheit noch für die Umwelt sind. Wo dies nicht möglich ist, müssen wir dafür sorgen, diese Produkte ohne Schäden für Mensch und Umwelt fachgerecht entsorgt werden.